

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Heinrich Dresden
Verlagsnummer: 25841
Für die Redaktion: Nr. 20011
Schriftleitung: a. G. Postfach 10/11
Dresden - W. L. Marienstraße 23/24

Bezugspreis bei Nichtannahme 1.20 M. (Inhaltlich 70 Pf. für Textteil, 50 Pf. für Bildteil) bei 1 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pf., anderwärts 15 Pf. Kassenpreis: Die nachfolgende 20 mm breite Seite 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die 30 mm breite Seitenzahl 300 Pf., auswärts 350 Pf., abg. Postzuschlag 10 Pf., Fernschreibungs- und Fernsprechkosten 10 Pf., anderwärts 20 Pf. Offizieller Postkurs 20 Pf. Einmalige Nachträge gegen Voranmeldung.

Druck u. Verlag: Moritz & Neumann, Dresden, Postfach-Nr. 1008. Dresden. Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung (Dresden, Reichl.) zulässig. Untereinander Gedruckt werden nicht annehmbar.

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Rabinettskrise bis nach Lausanne vertagt Zwei neue Notverordnungen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Mai. Reichkanzler Dr. Brüning ist es gelungen, den Reichspräsidenten im Laufe des Dienstags nochmals zu bewegen, ihm und seiner Regierung eine weitere Frist, vermutlich bis in den Monat Juli hinein, zu gewähren. Der Reichspräsident hat dies allerdings nur getan, nachdem das Kabinett zwei Notverordnungen ausgearbeitet hat, die am Mittwoch der Öffentlichkeit übergeben werden sollen.

Die erste Notverordnung geht von dem durch das Verbot aufgeworfenen Problem aus und stellt insofern die Parität wieder her, als in Zukunft allen Parteien unbenommen bleiben soll, sich Sport- und Jugendorganisationen anzuschließen, wenn diese jeden militärischen Charakter vermeiden.

Voraussetzung für die Genehmigung solcher Organisationen ist, daß dem Reichsinnenministerium die Statuten sowie die übrigen, die Betätigung der Organisation belegenden Schriftstücke eingereicht werden. Die politische Bedeutung dieser Bestimmungen liegt in erster Linie darin, daß sie der NSDAP die Möglichkeit schaffen, die 400 000 jungen Leute, die in den verbotenen SA- und SS-Formationen rekrutiert waren, in neuen Organisationsformen aufzulösen.

Aus dieser Notverordnung wird hervorgehen, daß der Reichspräsident sich den von der gesamten nationalen Opposition vorgetragenen schweren Bedenken gegen Form und Inhalt des SA-Verbotes denn doch nicht verschließen hat.

Könnte man sich schon nicht zu einem Verbot des Reichsbanners entschließen, so war es mehr als recht und billig, auch den Nationalsozialisten die Möglichkeit zu geben, ihre Jugend in Formen zusammenzufassen, die beim Reichsbanner gebildet werden. Die gleiche Verordnung wird dann noch Bestimmungen über die Regelung des freiwilligen Arbeitsdienstes in dem bereits bekannten Sinne enthalten.

Die zweite Notverordnung, die der Reichspräsident unterzeichnen wird, soll dem schamlosen Treiben der Gottlosenbewegung endlich einen kräftigen Riegel vorschieben.

Bedauerlicherweise hat es aber den Anschein, als ob die sozialdemokratische Freiendekretbewegung nicht so stark getroffen wird wie von der SPD. gegen Kirche und Christentum organisierte Kampf.

Ueber ihre materielle Bedeutung hinaus sind nun, wie oben angedeutet, diese beiden Notverordnungen auch von großer Wichtigkeit für die innerpolitische Entwicklung. Die Nachrichten über das Ausscheiden des Wirtschaftsministers Warmbold haben der großen Öffentlichkeit gezeigt, daß es um das Kabinett Brüning schon lange ziemlich stark kriselte. Man vertrat jetzt kein Geheimnis mehr, wenn man mittelst, daß auch der Reichspräsident mit der Politik der Regierung Brüning zeitweise sehr unzufrieden war.

Das Vorgehen gegenüber der SA. und damit gegenüber der stärksten nationalen Partei Deutschlands, hatte im Reichspräsidentenpalais doch weit stärker verstimmt, als man es nach außen hin wahrhaben wollte. Die wenig tatkräftige Art, mit der man es vermied, gegen die Wünsche der Gottlosenbewegung einzuschreiten, hatte die Stimmung im Reichspräsidentenpalais für die Regierung nicht gerade gebessert. Auf Grund der beiden gekennzeichneten Notverordnungen hat sich der Reichspräsident aber entschlossen, dem Kabinett einen weiteren politischen Kredit einzuräumen und so die Möglichkeit des Eintrittes einer sehr tiefgreifenden Kabinettskrise unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstages hinauszuhalten.

Der Reichspräsident ist anscheinend der Auffassung beigekommen, daß es zweckmäßig sei, vor Beginn der Lausanner Reparationskonferenz nicht die politischen Streitverhältnisse entsprechend neuen Besetzungen innerhalb des Reichskabinetts vorzunehmen.

Die unabweisbar notwendige Neubildung des Reichskabinetts scheint damit für erste bis gegen Anfang Juli vertagt zu sein. Bis dahin wird das Ergebnis der Lausanner Konferenz, die bekanntlich am 10. Juni beginnt, vorliegen, und es wird sich erweisen, ob die Reichsregierung in ihrer jetzigen Zusammenfassung in der Lage ist, dem deutschen Standpunkt in einer Weise Geltung zu verschaffen, die als nationalpolitisch befriedigend angesehen werden kann.

Der Rücktritt des Wirtschaftsministers Warmbold

Kann nunmehr als Tatsache betrachtet werden. Warmbold hatte sein Rücktrittsgesuch schon vor einigen Tagen eingereicht, und es wird mit Sicherheit die Zustimmung des Reichspräsidenten finden, ohne daß daraus weitere Konsequenzen für das Kabinett im ganzen eintreten. Der Rücktritt Warmbolds steht im engen Zusammenhang mit der zunehmenden Isolierung privatwirtschaftlicher Erwerbungen im Kabinett. Es ist Warmbold nicht gelungen, sich gegenüber der härteren Position des Reichsarbeitsministers Stegerwald, der eine Arbeitszeitverfängerung für notwendig hält, durchzusetzen. Auch dem von der Privatwirtschaft vorgebrachten Argument, daß die Durchführung der 40-Stundenwoche in den meisten Fällen eine Erhöhung der Produktionskosten zur Folge habe, die schließlich die Wirkung der Devisennotverordnung, die das Ziel hatte, von der Lohnseite her die Beschäftigtenkosten zu senken, wieder durchkreuzt, hat Warmbold nicht zum Siege verhelfen können, so daß er es schließlich als eine Notwendigkeit ansah, seinen Rücktritt aus dem Kabinett zu vollziehen. Ob Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, der, wie man weiß, ebenfalls ein Anhänger privatwirtschaftlicher Anschauungen ist, unter solchen Umständen Regierung verlassen wird, den freiverwendenden Ministerposten zu übernehmen, steht noch nicht fest. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß wieder, wie schon vor der Ernennung Dr. Warmbolds, Staatssekretär Trendelenburg das Wirtschaftsministerium kommissarisch verwalten wird.

Spiel mit dem Feuer

Die aufsehenerregenden Mitteilungen zweier angesehenen, ganz verschiedenen Parteilagern angehöriger englischer Zeitungen, des konservativen „Daily Express“ und des Arbeiterblattes „Daily Herald“, über einen in letzter Stunde abgeblasenen polnischen Handreich auf die freie Stadt Danzig haben in der Weltöffentlichkeit ein lebhaftes Echo gefunden. Denn ihre Ernsthaftigkeit konnte durch kein Warshawer Dementi abgelehnt werden. Dafür sind die Nachrichten der letzten Monate über polnische Ueberfallsabsichten auf Danzig und sogar auf Ostpreußen viel zu wohl begründet gewesen. Immer wieder müssen die neutralen Berichterstatter feststellen, daß bei der tiefsten Spannung das Korridorgebiet plötzlich von Truppen und den berüchtigten Freischärlern und Sokolverbänden nur so wimmelt. Teilmobilisierungen und Truppenaufmärsche an der Grenze, die sich in den letzten Wochen allzuoft wiederholt haben, können nicht mehr länger als harmlose Übungen hingenommen werden, zumal sie mit einer nicht mehr verhaltenen Kriegsbefehle maßgeblicher polnischer militärischer und ziviler Stellen Hand in Hand gehen, die aber kurz oder lang, vermutlich aber bei der nächsten passenden Gelegenheit, zu einer Explosion führen muß, wenn Polen jetzt nicht von den europäischen Großmächten ernsthaft verwarnt wird, das leichfertige Spiel mit dem Kriegesfeuer endlich einzustellen.

Wir sind den englischen Blättern dankbar, daß sie durch ihre Spezialberichterstatter nun schon wiederholt auf die bedrohlichen Vorgänge im Osten aufmerksam gemacht haben, weil ihren Beobachtungen für die Weltöffentlichkeit der Wert der Neutralität wohl nicht gut abzusprechen ist. Sie haben insbesondere die deutschen Mitteilungen bestätigt, daß heute selbst die kleinsten Orte im Korridor, die niemals eine Garnison kannt, mit starken polnischen Truppenverbänden besetzt sind. Der Korridor hat sich zu einem offenen Kriegslager verwandelt. Das schlechte Gewissen der Polen offenbart sich wohl am deutlichsten dadurch, daß man neuerdings den englischen Journalisten den Zutritt zum Korridor untersagte und sie über die Grenze abschob.

Mit dem starken militärischen Aufgebot im Korridorgebiet tritt der Kampf, den Polen gegen Danzig nun schon seit dem Bestehen der freien Stadt führt, in sein gefährlichstes Stadium. Immer deutlicher offenbart sich auch für den objektiven Ausländer die Zerstückelung der deutschen Ostgrenzen und die Verödung Danzigs von Deutschland als eine der verhängnisvollsten Bestimmungen des Versailler Diktats für die zukünftige friedliche Entwicklung Europas. Denn man hat Danzig dadurch wirtschaftlich und politisch völlig der Willkür Polens ausgeliefert. Als bedeutendster Hafen des Ostens ist die freie Stadt auf das Hinterland angewiesen. Dieses früher einheitliche Wirtschaftsgebiet aber ist in Versailles zerrissen und dadurch so geschwächt worden, daß Danzig allein dadurch schon in seiner Existenz schwer gefährdet ist. Hinzu kommt aber, daß der größte Teil des Hinterlandes heute polnisch ist, und daß Warschau nur ein Ziel kennt, Danzig wirtschaftlich auf die Knie zu zwingen, um es auf diese Weise zum freiwilligen Anschluß an Polen zu bewegen. Diesen Wirtschaftskrieg führt Polen seit dreizehn Jahren. Es hat mit riesigen Kosten den Hafen Gdingen gegründet, obwohl es mit den polnischen Finanzen immer sehr schlecht stand. Ja, es hat sogar mit französischem Gelde eine eisenbahnligne Eisenbahnverbindung vom ostoberschlesischen Industriebezirk zu seinem Hafen geschaffen und hat alle Mittel staatlicher Macht eingesetzt, um den gesamten polnischen Handel von Danzig nach Gdingen zu lenken, wofür selbst mit staatlicher Unterstützung eine aufblühende Veredelungsindustrie geschaffen worden ist. Hand in Hand damit gehen ständige Drohungen gegen die Danziger Wirtschaft, so erst vor wenigen Tagen die Forderung der Kontrolle sämtlicher Handels- und Industriebetriebe, wenn die freie Stadt nicht neue Konformitäten gewärtigen will. Polen wußte, wie sehr es mit seinem Wirtschaftskrieg Danzig treffen müßte. Um so bewundernswerter ist, daß die freie Stadt trotz der schwer leidenden Wirtschaft in ihrer deutschen Gesinnung festblieb. Man hat deshalb in Warschau zu der wirtschaftlichen noch die diplomatisch-politische Bedrohung hinzugefügt, um vielleicht auf diese Weise den Danzigern die Freude an der Selbstständigkeit zu veräppeln. Es folgte eine Reihe von Uebergriffen auf die Danziger Hoheit, deren bekannteste die polnische Briefkastenaffäre und die Entsendung von Militärpatrouillen polnischer Kriegsschiffe sind. Zwar sagte Danzig immer wieder vor dem Haager Gerichtshof, aber Polen war in der Erlaubnis neuer Schikanen unermüdet. Soeben ist am 1. Mai das Ankaufrecht polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen auf Grund einer Haager Entscheidung zu Ende gegangen, aber Danzig muß fürchten, die polnische Kriegsmarine werde dieses Urteil kurzerhand verletzen.

Nachdem Polen gesehen hat, daß es mit wirtschaftlichen und politischen Schikanen Danzig nicht zu zermürben vermag, betreibt es augenscheinlich jetzt die Vorbereitung der

Senkung der Kaufkraft des Dollars

Das amerikanische Parlament verabschiedet ein Währungsgezet gegen die Deflation

Berlin, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen aus New York hat das amerikanische Abgeordnetenhaus gestern eine Vorlage angenommen, die für die gesamte amerikanische Wirtschaft, darüber hinaus aber auch für die Weltwirtschaft, von größter Bedeutung sein muß, falls der Senat ebenfalls seine Zustimmung erteilt. Es wurde nämlich die sogenannte Goldboroughs-Bill angenommen, die das Federal Reserve-System anweist, die Kaufkraft des Dollars auf die Basis aus der Zeit vor der Depression herabzusetzen.

Es gelang ein überraschender Vorstoß, der zur Annahme dieses Gesetzes mit 280:60 Stimmen führte. Das Gesetz in der verabschiedeten Fassung lautet:

„Es wird beschlossen, die Federal Reserve-Akte durch Aufhebung folgenden Satzes abzuändern: Es wird hierdurch als die Politik der Vereinigten Staaten erklärt, die durchschnittliche Kaufkraft des Dollars entsprechend den Großhandelspreisen von 1921 bis 1929 wieder herzustellen und diese Kaufkraft durch eine Kontrolle des Kreditvolumens und des umlaufenden Geldes anrechtzuerkennen. Das Federal Reserve-Board, die Federal Reserve Banken und der Schatzsekretär werden mit der Durchführung dieser Politik beauftragt. Gesetze und Teile von Gesetzen, die im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses vorliegenden Gesetzes stehen, werden hiermit widerrufen.“

Die Bedeutung des Gesetzes für das Währungssystem Amerikas wäre, wenn es in Kraft treten sollte, unabsehbar. Es würde eine

wichtige Neuorientierung der amerikanischen Geldpolitik bedeuten. Die Befürworter des Gesetzes betonen, daß der Wert eines Dollars an den gegenwärtigen Preisen gemessen, 100 Cent der Vordepressionszeit entspreche, daß also die Schulden, die früher ausgenommen wurden, nicht ohne eine Wiederherstellung der alten Warenpreisbasis beglichen werden können, daß die notleidenden Obligationen den finanziellen Bankrott herbeiführen müßten, daß vorderhand nichts weiter beachtet sei, als das Federal Reserve-System zu ermächtigen, seine Ankaufe von Regierungsobligationen weiterzuführen und die

Geldausgabe so lange zu steigern, bis die normale Preisbasis wieder hergestellt

sei. Die Gegner der Gesetzesvorlage führten aus, daß dieses Gesetz das Schachamt ermächtigen würde, bis 9 Milliarden Dollar Papiergeld auszugeben, den Geldmarkt also auf das doppelte des gegenwärtigen Standes zu erhöhen. Sie erklärten das Gesetz für eine finanzpolitische Taschenspielerlei, die nicht ohne Folgen auf den internationalen Kredit Amerikas bleiben könne. Auch das Schachamt und das Federal Reserve-System haben die Maßnahmen mit der Begründung bekämpft, daß sie eine Inflation heraufbeschwören und den Goldstandard gefährden. Dieses Gesetz hat erst Reichspräsident, wenn der Senat es sich mit Zweidrittelmehrheit zu eigen macht,